

Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE

Stundenkürzungen an Schulen zurücknehmen – Referendare wie geplant einstellen!

Zum letzten Schultag vor den Sommerferien teilte die Bildungsbehörde dem Großteil der Schulen der Stadtgemeinde mit, dass die ihnen zugewiesenen Lehrerwochenstunden für das Schuljahr 2011/2012 nachträglich gekürzt werden. In einigen Fällen addierte sich die Stundenkürzung auf den Umfang mehrerer Lehrer/-innenstellen pro Schule.

Die Stundenkürzung stellt die Schulen vor unlösbare Probleme. Die Kürzungen werden zu vermehrtem Stundenausfall, größeren Klassen und schlechterer Betreuung führen. Insbesondere an den gymnasialen Oberstufen werden Schulen die aktuellen Kurse nicht mehr bis zum Ende der Oberstufe durchführen können, sondern müssen Kurse zusammenlegen oder streichen, oder das Unterrichtsangebot für die Eingangsphase der Oberstufe ausdünnen.

Besonders ärgerlich ist, dass keine Einstellungen von Referendaren in den Vorbereitungsdienst zum 1. August 2011 vorgenommen werden sollen. Nachdem die Ausbildungskapazitäten unlängst erhöht und die Einstellungstermine vermehrt wurden, stehen jetzt Referendare auf der Straße und werden versuchen, in anderen Bundesländern unterzukommen. Das ist vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels bildungspolitisch unverantwortlich und außerdem eine Verschwendung von Mitteln, wenn Ausbildungskapazitäten aufgestockt und die Ausgebildeten dann gar nicht eingestellt werden.

Das Bildungsressort hat jetzt angekündigt, einen Teil der Stundenkürzungen auf den Beginn des zweiten Schulhalbjahres am 1. Februar 2012 zu verschieben. Dies ist keine Lösung. Im Sinne der Sicherung der Unterrichtsqualität und der Verlässlichkeit für die Schulen müssen die Stundenkürzungen daher zurückgenommen werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die den Schulen mitgeteilten Kürzungen der zugeteilten Lehrerwochenstunden für das Schuljahr 2011/2012 insgesamt zurückzunehmen;
2. die den Referendaren gegebenen Zusagen auf Einstellung zum 1. August 2011 einzuhalten.

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE